

In dieser Ausgabe

- CDU/CSU für moderne Ladenschlußregeln ohne Wettbewerbsverzerrungen, S. 1
- EU-Gipfel in Kopenhagen stoppt Beitrittsautomatismus für die Türkei, S. 3

Berlin intern



Informationsschrift des CDU-Bundestagsabgeordneten Erich G. Fritz für den Wahlkreis Dortmund

Abgeltungssteuer auf Zinseinnahmen: Steuersatz muss international konkurrenzfähig sein

Nachdem Rot-Grün in Europa mit dem Versuch gescheitert ist, eine europaweit einheitliche Zinsbesteuerung einzuführen, liegt es nahe, über eine Abgeltungssteuer für Zinseinnahmen in Deutschland nachzudenken.

Spürbare Mehreinnahmen für die öffentlichen Haushalte werden sich aber nur dann ergeben,

- wenn der Steuersatz international konkurrenzfähig ist,
- wenn es auch weiterhin keine "Kontrollmitteilungen" der Banken an die Finanzbehörden gibt,
- wenn den bisher Steuerflüchtigen eine begehbare Brücke gebaut wird, die auch von den bisher Steuerehrlichen akzeptiert wird,
- wenn die permanente Diskussion um Steuererhöhungen endlich beendet wird, so dass Vertrauen in die Kontinuität der Steuerpolitik der Bundesrepublik Deutschland zurückkehren kann.

Nur unter diesen Voraussetzungen kann erwartet werden, dass steuerflüchtiges Kapital in den nächsten Jahren nach Deutschland zurückkehrt. Es wird umso schneller nach Deutschland zurückkehren, je niedriger der Steuersatz und je verlässlicher die steuerpolitische Gesamtsituation in Deutschland ist.

Gänzlich unsinnig ist es, jetzt darüber zu spekulieren, wie viel Mehreinnahmen ein bestimmtes Land aufgrund der Abgeltungssteuer realisieren kann. Die Regelungen im Einzelnen liegen noch nicht vor. Es wird einige Zeit dauern, bis es zu spürbaren Steuermehreinnahmen kommt, denn die ins Ausland verbrachten Gelder sind dort angelegt und können sicher nicht in großem Umfang von heute auf morgen mobilisiert werden.

Deshalb sind die Spekulationen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Gabriel nichts weiter als hilfloses Gestrampel im Wahlkampf.

Aktuelle Stunde beantragt: Union will Klarheit über Vermögenssteuer

Die Union will Bundeskanzler Gerhard Schröder im Bundestag zu einer verbindlichen Aussage darüber zwingen, ob die Wiedereinführung der Vermögenssteuer endgültig vom Tisch ist. Die Äußerungen mehrerer SPD-Ministerpräsidenten lassen starke Zweifel zu, dass das Thema mit der angekündigten Zinsabgeltungssteuer tatsächlich erledigt ist. Aus

Kontakt

Erich G. Fritz MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73111
Fax (030) 227-76733
erich.fritz@bundestag.de
www.erich-fritz.de

diesem Grund hat die CDU/CSU eine Aktuelle Stunde zur Steuerpolitik der Bundesregierung beantragt.

Union erreicht Durchbruch bei den Minijobs

Union und Bundesregierung haben sich auf eine Neuregelung bei den Minijobs geeinigt. Die Einkommensgrenze für Minijobs soll künftig bei 400 Euro liegen und mit einer Pauschalabgabe von 25 Prozent belastet werden. Im Niedriglohnbereich zwischen 400 und 800 Euro sollen die Abgaben linear ansteigen. Damit hat die Union die Vorschläge durchgesetzt, die sie bereits in ihrem Regierungsprogramm festgeschrieben hatte.

CDU/CSU für bundeseinheitliche Bezahlung im öffentlichen Dienst

Wirtschaft, Konjunktur und öffentliche Haushalte befinden sich derzeit in einer extrem schwierigen Lage. Dafür ist vor allem die katastrophale Politik der rot-grünen Bundesregierung verantwortlich. Unter dieser Politik haben alle Menschen in unserem Land zu leiden, auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Es besteht aber kein Grund, einzelne Gruppen besonders stark für Einsparungen in Anspruch zu nehmen oder etwa durch Ausnutzung von Ressentiments gegen Beamte schnelle, aber kurzatmige Konsolidierungsziele erreichen zu wollen. Vorschläge wie der aus Berlin, mit Öffnungsklauseln eine Absenkung der Beamtenbesoldung herbeizuführen, sind weder gerecht noch in irgendeiner Weise sachdienlich.

Die CDU/CSU-Fraktion ist immer für eine bundeseinheitliche Bezahlung im öffentlichen Dienst eingetreten. Statt einzelnen Gruppen von Beschäftigten pauschal und undifferenziert mit Gehaltsverzicht zu drohen, muss individuelle Leistung belohnt werden, um einen effizienten und damit im wahrsten Sin-

ne des Wortes preiswerten öffentlichen Dienst zu erhalten.

Durch die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme von Tarifänderungen in das Beamtenrecht ist eine besondere Schonung von Beamten übrigens ausgeschlossen, ebenso wie ungerechtfertigte Sonderopfer. Es bleibt angesichts der ersten Warnstreiks im öffentlichen Dienst zu hoffen, dass die Tarifpartner eine Lösung finden, die einen Ausgleich zwischen den Tarifforderungen der Beschäftigten und der Lage der öffentlichen Kassen erreichen.

CDU/CSU für moderne Ladenschlussregeln ohne Wettbewerbsverzerrungen

Es ist höchste Zeit, das deutsche Ladenschlussgesetz an die veränderten Bedürfnisse der Menschen in unserer modernen Dienstleistungsgesellschaft anzupassen. Die heutigen Arbeits- und Konsumgewohnheiten verlangen nach lebensnahen Lösungen bei der Organisation des gesellschaftlichen Lebens.

Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag freigeben

CDU und CSU sind für ein modernes Ladenschlussgesetz ohne Wettbewerbsverzerrungen. Deshalb ist es sinnvoll, die Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag freizugeben und zugleich den Schutz von Sonntag und Feiertagen in seiner bisherigen Form zu sichern.

Alle Überlegungen zu gesonderten Öffnungszeiten-Regelungen für innerstädtische Zentren lehnen wir rigoros ab. Ein solches "City-Privileg" verstößt gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz und schafft eine kaum handhabbare Abgrenzungsproblematik. Privilegierte Inseln erweiterter Ladenöffnungszeiten würden zu nicht hinnehmbaren Wettbewerbsnachteilen für ländliche Siedlungsgebiete führen und die vielen mittelständischen Geschäfte in kleinen Städten und in ländlichen Gegenden gefährden.

Rot-Grün lässt Familien im Stich

Die rot-grüne Koalition macht nach der Wahl genau dort weiter, wo sie vor der Wahl aufgehört hatte: bei einer familienfeindlichen Politik.

Nichts ist zu sehen von Maßnahmen zur Bekämpfung der Familienarmut. Die Einkommensschere zwischen Familien mit Kindern und Kinderlosen klafft immer weiter auseinander. Die einzige Antwort, die Rot-Grün auf diese Tatsache findet, ist die einseitige Förderung der Erwerbsarbeit von Eltern und der Ausbau der Kinderbetreuung. Die Bundesregierung plant keine Unterstützung für Eltern, die wegen der Betreuung ihrer Kinder für einen bestimmten Zeitraum auf Erwerbsarbeit verzichten.

Die Union hat mit ihrem Familiengeld ein Konzept entwickelt, das echte Wahlfreiheit für die Eltern bringt, denn es ist unabhängig von Erwerbstätigkeit und Einkommen der Eltern. Echte Wahlfreiheit braucht beides: den Ausbau bedarfsgerechter Betreuungsangebote und eine angemessene finanzielle Förderung von Familien. Das Familiengeld bringt die Freiheit, die Rot-Grün mit ihrem einseitig ausgerichteten Familienbild nicht hat.

Null-Runden und steigende Krankenhauskosten passen nicht zusammen

Die Kostensteigerungen bei den Krankenhäusern im Jahre 2001 um 2,6 % machen deutlich, dass die von Ulla Schmidt geplanten Null-Runden und die davon vorgesehenen Ausnahmen der falsche Ansatz sind. Denn die Kostensteigerung im Krankenhaussektor ist nicht auf eine lange Verweildauer zurückzuführen, sondern auf eine Zunahme der Patienten um 0,6 % sowie einen Anstieg der Sach- und Personalkosten.

Dies negiert Bundesgesundheitsministerin Schmidt mit den geplanten Null-Runden. Frau Schmidt muss endlich aufhören, Feindbilder zu entwerfen und Leistungserbringer wie Ärzte und Krankenhäuser für die Folgen einer verfehlten Politik verantwortlich zu machen. Natürlich gibt es auch Unwirtschaftlichkeit im Gesamtsystem der GKV. Aber mit Qualitätsverbesserungen und dem Ausschöpfen von Wirtschaftlichkeitsreserven allein werden die Probleme der gesetzlichen Krankenversicherung nicht zu schultern sein. Hierzu bedarf es einer grundlegenden Diskussion um die die gesetzliche Krankenversicherung tragenden Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität und eine Reform, die den Namen verdient.

Die Zunahme der Sachkosten für Arznei- und Verbandmittel ist eindeutig auf die erhöhte Patientenzahl zurückzuführen. Auch die geplante Einführung des neuen Vergütungssystems für Krankenhäuser wird sowohl auf der Personalkosten- wie auf der Sachkostenseite zu Buche schlagen.

Ausnahmen von der Null-Runde lösen die Probleme nicht

Ausnahmen von der Null-Runde lösen die Probleme nicht, da die Grundlohnsummensteigerung in den alten Ländern nur 0,81 % und in den neuen Ländern 2,09 % beträgt. Wenn aber die Krankenhauskosten im Jahr 2001 um 2,6 % gestiegen sind, dann wird offensichtlich, dass auch dieser karge Anreiz nicht ausreichen wird, um die Gesamtkosten der Krankenhäuser abzudecken. Die Konsequenz wird sein, dass die Krankenhäuser gar nicht anders können, als auf Kosten der Patienten zu sparen.

EU-Gipfel in Kopenhagen stoppt Beitrittsautomatismus für die Türkei

Das Vorhaben der rot-grünen Bundesregierung, der Türkei bereits heute ein festes Datum für die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen zu geben, ist glückli-

cherweise gescheitert. Der Gipfel in Kopenhagen hat wieder stärker die klaren politischen Kriterien im Blick auf Menschenrechte, Demokratie und Minderheitenschutz in den Vordergrund gerückt. Falls diese Kriterien in den kommenden Jahren von der Türkei erfüllt werden, muss im Kontext der europäischen Verfassungsdiskussion und nach den Erfahrungen mit der Osterweiterung entschieden werden, was zu tun ist.

*Privilegierte Partnerschaft
statt EU-Beitritt der Türkei*

Jedenfalls sollte auch die Möglichkeit einer besonderen Partnerschaft zwischen der EU und der Türkei ins Auge gefasst werden. Eine privilegierte Partnerschaft etwa würde der Türkei eine ehrliche Perspektive für eine stabile Partnerschaft eröffnen und auch der strategischen Bedeutung der Türkei für die Atlantische Allianz gerecht werden. Zu einer privilegierten Partnerschaft könnten Vereinbarungen über einen gemeinsamen Markt und über konkrete Zusammenarbeit bei Fragen der äußeren wie inneren Sicherheit gehören.

Zahlen und Fakten

• **Dramatischer Beschäftigungsrückgang beim Handwerk**

Um 6,1 Prozent brach Ende September im Handwerk die Zahl der Beschäftigten gegenüber September 2001 ein. Zugleich lagen die Umsätze der selbstständigen Handwerksunternehmen im dritten Vierteljahr 2002 um 4,6% unter denen des Vorjahresquartals. Am stärksten vom Beschäftigungsrückgang betroffen war das Bau- und Ausbaugewerbe: hier waren 11,4 % weniger Personen beschäftigt als ein Jahr zuvor. (Statistisches Bundesamt, 16.12.2002)

• **Deutsches Defizit auch 2003 über 3%**

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) rechnet damit, dass Deutschland auch im nächsten Jahr das Maastricht-Defizitkriterium reißt.

Die OECD-Prognose sagt für 2003 ein Haushaltsminus von 3,3% des BIP voraus.

Erich G. Fritz MdB:

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Erich G. Fritz ist in der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit. Im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit übernimmt Fritz wieder die Berichterstattung im Bereich Außenwirtschaftspolitik.

CDU möchte das Jahr 2003 zum Jahr der Mitgliederwerbung machen

Die CDU wird das kommende Jahr nutzen, um die Sympathisanten der CDU und die von Rot-Grün enttäuschten Wähler von einem Eintritt in die CDU zu überzeugen. Dazu wird unmittelbar nach den Landtagswahlen in Hessen und in Niedersachsen eine breit angelegte Mitgliederwerbekampagne starten, die auf dem bekannten Kontakter-Modell beruht. Dies ist eine mittel- und langfristige Aufgabe, die bis zum Parteitag nächsten Jahres überall gestartet sein soll.

*Fröhliche Weihnachten und einen
guten Start ins Jahr 2003
wünscht Ihnen*

E. G. Fritz

